

Entsprechend dem Vorschlag der Vorsitzenden zur Tagesordnung wurden unter TOP 8 auch die Anträge der nachstehenden TOPe 9.1.2 bis 9.1.4 berücksichtigt. Herr Stiefelhagen erklärte zu TOP 9.1.3, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN den Ergänzungsantrag vom 01.04.2011 (DS-Nr. 11/0249) zurückziehe und dieser nicht mehr in der folgenden Aussprache zu behandeln sei.

Bezüglich des kurzfristig eingereichten Antrages der Fraktion Aufbruch vom 22.11.2011 (DS-Nr. 11/0500), der neben dem Antrag TOP 9.1.4 als Tischvorlage in der Sitzung verteilt wurde, bestand Einvernehmen, aufgrund der Komplexität des Antragsinhaltes und des Erfordernisses von internen Vorberatungen der Fraktionen diesen Antrag erst in der kommenden Sitzung des Kultur-, Sport- und Freizeitausschusses auf die Tagesordnung zu nehmen. Der Antrag wurde dementsprechend nicht in der anschließenden Beratung behandelt.

Die Vorsitzende erteilte zunächst der Fraktion Aufbruch das Wort, um deren Ursprungsantrag vom 01.04.2011 -DS-Nr. 11/0187- noch einmal zu begründen. Für die Fraktion erläuterte Frau Schmidt ausführlich die Intension dieses Antrages und stellte die Argumente für eine Umbenennung der Agnes-Miegel-Straße heraus.

Es folgte eine intensive Diskussion zur Thematik etwaiger Umbenennung von Straßen, an der sich seitens der CDU-Fraktion die Ausschussmitglieder Heckerroth, Willenberg, Dr. Lemmer und Frau Roitzheim, für die SPD-Fraktion Frau Reese und Herr Bäsch, für die FDP-Fraktion Herr Pütz und seitens der GRÜNEN Herr Stiefelhagen beteiligten. Ausgetauscht wurden die unterschiedlichen Argumente für und wider von möglichen Straßenumbenennungen, wie sie in anderen Kommunen im Bundesgebiet aus dem gleichen Anlass bereits erfolgt sind aber auch schon ebenso oft seitens der politischen Gremien abgelehnt wurden.

Eine eingehende Diskussion fand über den Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN vom 21.11.2011 statt, zur Entscheidungsfindung eine öffentliche Bürgerversammlung durchzuführen. Hierüber bestanden sehr unterschiedliche Auffassungen. Während die Fraktionen von SPD, GRÜNE und Aufbruch dies zum Zwecke einer öffentlichen Meinungsbildung und -bekundung befürworteten, vertraten CDU und FDP die Auffassung, dass sie als politische Mandatsträger entsprechend legitimiert seien, diesbezügliche Entscheidungen für die Stadt und ihre Bürger zu treffen. Die unmittelbar betroffenen Bürger, die Anlieger der betreffenden Straßen, hätten sich bereits mit ihren Eingaben an den Bürgermeister zu Wort gemeldet. Die Argumente aus der Bürgerschaft seien in der jetzigen politischen Diskussion auch berücksichtigt worden.

Zum Schluss der Aussprache hat der Ausschuss als erstes über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/ Die GRÜNEN -DS-NR 11/ 0495- abgestimmt, da dieser der am weitestgehende der vorliegenden Anträge zu diesem Thema war.

6 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

Der vorgenannte Antrag wurde somit mehrheitlich durch den Ausschuss abgelehnt.

Anschließend ließ die Vorsitzende über den Antrag der Fraktion Aufbruch vom 01.04.2011 -DS-NR 11/ 0187- abstimmen. Es wurde das gleiche Abstimmungsergebnis wie zuvor festgestellt, womit auch dieser Antrag abgelehnt war.

6 Ja-Stimmen

7 Nein-Stimmen

Der Ausschuss diskutierte auch eingehend über die vorgeschlagene Anbringung von erläuternden Zusatzschildern unter den betreffenden Straßenschildern, um damit die Problematik der Straßenbenennung öffentlich zu dokumentieren. Da zu dieser Beschlussvariante noch kein entsprechender Beschlussvorschlag vorlag, bat der Ausschuss die Vorsitzende, einen diesbezüglichen Beschlussvorschlag zu formulieren. Zu diesem Zweck erfolgte anschließend eine kurze Sitzungsunterbrechung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verlas die Vorsitzende nachstehenden Beschlussvorschlag, über den der Ausschuss sodann abstimmte: